

Ressort: Politik

DGB-Chef wirft CDU im Mindestlohn-Streit Anbiederung an Wirtschaft vor

Berlin, 16.06.2014, 08:19 Uhr

GDN - Der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Reiner Hoffmann, hat der CDU im Streit um weitere Ausnahmen beim geplanten Mindestlohn eine Anbiederung an die Wirtschaft vorgeworfen. "Einige Unionspolitiker befinden sich hier offenbar in einem Gefälligkeitswettbewerb für Unternehmer", sagte Hoffmann der "Saarbrücker Zeitung" (Montagausgabe).

"Es geht um die Würde und die Existenzsicherung hart arbeitender Menschen, da darf es keine Ausnahmen geben", so Hoffmann. Zugleich bekräftigte der Spitzengewerkschafter seine Forderung, auch die im Gesetzentwurf enthaltenen Sonderregelungen für Jüngere und Langzeitarbeitslose zu streichen. Es sei "schlicht frech, jungen Menschen zu unterstellen, dass sie lieber für Niedriglöhne arbeiten, als eine vernünftige Ausbildung zu machen". Und wer Langzeitarbeitslose zusätzlich durch die Frist von sechs Monaten stigmatisiere, "erreicht damit nur, dass sie danach sofort wieder arbeitslos werden", kritisierte Hoffmann.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-36290/dgb-chef-wirft-cdu-im-mindestlohn-streit-anbiederung-an-wirtschaft-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619